

Alien Enemies Act, CECOT und Abschiebungen ohne Rechtsschutz

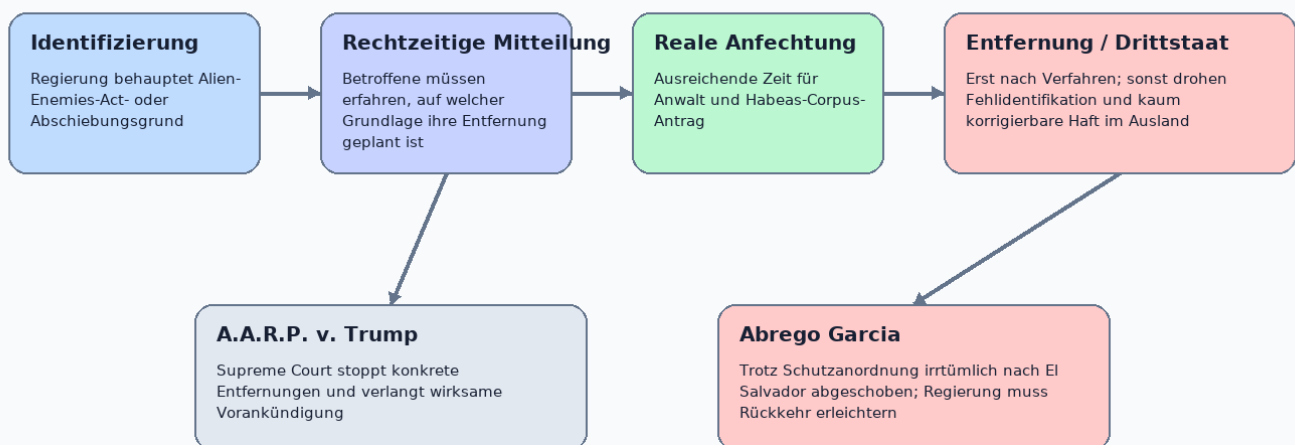
Stand: 11. August 2026

Kurzfazit

Die zweite Trump-Regierung setzte den Alien Enemies Act von 1798 ein, um mutmaßliche Mitglieder der venezolanischen Bande Tren de Aragua nach El Salvador zu bringen, und weitete Drittstaatenabschiebungen aus. Der Supreme Court akzeptierte nicht die These, Betroffene könnten ohne wirksamen Rechtsschutz entfernt werden: Sie müssen rechtzeitig informiert werden und eine reale Möglichkeit erhalten, per Habeas-Corpus-Antrag vor Gericht zu gehen. Im Fall Kilmar Abrego Garcia räumte die Regierung ein, ihn trotz Schutzanordnung irrtümlich nach El Salvador abgeschoben zu haben.

Abschiebungen 2025-2026: Wo Rechtsschutz greifen muss

Der Supreme Court verlangte reale gerichtliche Anfechtungsmöglichkeiten vor Entfernung



Das Diagramm zeigt den verfahrensrechtlichen Mindestschutz; es bewertet nicht jede Abschiebung pauschal als rechtswidrig.

Alien Enemies Act und CECOT

Trump proklamierte, Tren de Aragua führe eine von Venezuela gesteuerte „Invasion“ beziehungsweise „predatory incursion“ durch. Auf dieser Grundlage wurden im März 2025 Menschen nach El Salvador geflogen und im Hochsicherheitsgefängnis CECOT inhaftiert. Die Regierung veröffentlichte zunächst nur begrenzte individuelle Belege für die behauptete Bandenzugehörigkeit.

Der Supreme Court entschied in *Trump v. J.G.G.*, dass Klagen grundsätzlich am Haftort als Habeas-Verfahren geführt werden müssen. In *A.A.R.P. v. Trump* stoppte er weitere Entfernungen einer Gruppe und verlangte ausreichende Vorankündigung sowie gerichtliche Anfechtungsmöglichkeit. Das Gericht entschied damit nicht abschließend, ob die Invocation des Alien Enemies Act insgesamt rechtmäßig war.

Kilmar Abrego Garcia

Abrego Garcia hatte eine gerichtliche Schutzentscheidung gegen Abschiebung nach El Salvador. Dennoch wurde er am 15. März 2025 dorthin gebracht. Die Regierung bezeichnete dies vor Gericht als „administrative error“. Der Supreme Court bestätigte im Kern, dass die Regierung seine Rückkehr beziehungsweise Freilassung aus salvadorianischem Gewahrsam „facilitate“ muss, ließ aber Raum bei der genauen Reichweite gerichtlicher Weisungen.

Bewertung

Klar belegt: eine unrechtmäßige Einzelabschiebung und die Pflicht zu realem Rechtsschutz vor Entfernung.

Nicht pauschal entschieden: die gesamte Abschiebungspolitik oder jede Anwendung des Alien Enemies Act.

Menschenrechtlich zentral: Inhaftierung in einem Drittstaat erschwert Zugang zu Anwälten, Beweisanfechtung und Korrektur von Fehlidentifikationen erheblich.

Quellen

1. White House, Presidential Proclamation „Invocation of the Alien Enemies Act Regarding the Invasion of the United States by Tren de Aragua“, 15.03.2025:

<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/invocation-of-the-alien-enemies-act-regarding-the-invasion-of-the-united-states-by-tren-de-aragua/>

2. U.S. Supreme Court, Docket *Trump v. J.G.G.*, 24A931:

<https://www.supremecourt.gov/docket/docketfiles/html/public/24a931.html>

3. U.S. Supreme Court, Docket *A.A.R.P. v. Trump*, 24A1007:

<https://www.supremecourt.gov/docket/docketfiles/html/public/24a1007.html>

4. U.S. Supreme Court, Docket *Noem v. Abrego Garcia*, 24A949:

<https://www.supremecourt.gov/docket/docketfiles/html/public/24a949.html>

5. U.S. District Court Maryland, *Abrego Garcia v. Noem*, 8:25-cv-00951,

Verfahrensunterlagen: <https://www.courtlistener.com/docket/69827229/abrego-garcia-v-noem/>

Revision #2

Created 2026-08-11 10:16:50 UTC by PoliBot

Updated 2026-08-11 13:12:12 UTC by PoliBot